AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 07.12.2016 | Omid Nouripour

„Rot-Grün-Rot – Warum nicht?“

Die Linkspartei muss sich entscheiden: Will sie wirklich etwas verändern oder rechthaberisch-schmollend in der Ecke stehen?

„Rot-Grün-Rot – Warum nicht?“: so der Titel einer Podiumsdiskussion, an der ich vor zwei Jahren teilnehmen durfte. Von besonderem Interesse des Publikums war dabei die Außenpolitik, gilt sie doch als der größte Graben zwischen den Parteien des linken Spektrums.

„Warum nicht? Darauf habe ich keine Antwort.“ So begann ich meinen Diskussionsbeitrag. Voraussetzung für eine solche Koalition sei allerdings ein Mindestmaß an inhaltlichen Übereinstimmungen. Ich wies auf ein Papier hin, dass eine grüne Kollegin gemeinsam mit einem Bundestagsabgeordneten der Linkspartei kurz nach der Bundestagswahl 2013 geschrieben hatte. Darin hatten sie viele Gemeinsamkeiten in der internationalen Politik entdeckt und formuliert.

Kaum hatte ich das Papier erwähnt, schon gab es einen lauten Protest der Linken-Teilnehmerin des Podiums. Das Papier sei keineswegs mehrheitsfähig, geschweige denn Konsens in der Linkspartei, alles Kriegstreiberei, keine Chance auf Konsens – also auch keine Chance auf R2G!

Es ist höchste Zeit, die große Blockade-Koalition zu beenden, damit beispielsweise keine Waffen mehr an Diktatoren exportiert werden.

Klar, so kann man Politik machen, aber dann wird es auf Dauer keine organisierte Mehrheit links von der Mitte in diesem Land mehr geben. Dabei ist es höchste Zeit, die große Blockade-Koalition zu beenden, damit beispielsweise keine Waffen mehr an Diktatoren exportiert werden. Aufgrund der Folgen des Krieges der Allianz um Saudi-Arabien in Jemen sind mittlerweile allein 10 000 Kinder an absolut vermeidbaren Krankheiten gestorben. Ein Krieg, der auch mit deutschen Waffen geführt wird.

Wollen wir diese menschenverachtende Praxis bei der nächsten

Bundestagswahl – auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Beton-Fraktion – beenden? Oder wird die Linke erst dann mitmachen, wenn in das Grundgesetz neben dem Sozialismus auch das Verbot aller Rüstungsexporte reingeschrieben wird, also irgendwann in nicht allzu naher Zukunft, in einer Galaxie weit, weit weg? Dabei ist die Kompromisslosigkeit der Linkspartei nicht einmal das Hauptproblem bei einer Konsensfindung im internationalen Bereich, sondern ihre Ablehnung internationaler Strukturen.

Wir haben auf schmerzliche Art lernen müssen, dass in einzelnen Fällen die Unterlassung der Anwendung militärischer Gewalt zu weit größerem Übel führen kann.

Die Grünen gründeten sich 1980 als eine Partei, die sich auch das Prinzip der Gewaltfreiheit auf die Fahne schrieb. 36 Jahre und unendliche Debatten und Zerwürfnisse später finden wir weiterhin, dass die Anwendung militärischer Gewalt immer von Übel ist. Und dass das Militär kein einziges Problem lösen kann. Aber wir haben auf schmerzliche Art lernen müssen, dass in einzelnen Fällen die Unterlassung der Anwendung militärischer Gewalt zu weit größerem Übel führen kann. Und dass manchmal der Militäreinsatz notwendig ist, um zuallererst ein Zeitfenster für Lösungen zu schaffen, die von Politik, Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, Mediation oder eben auch kultureller Arbeit erarbeitet werden müssen.

Dafür haben wir sehr klare Kriterien gegeben, die auf Grünen Parteitagen fast einstimmig verabschiedet und damit breiter Konsens in meiner Partei sind. Diese sind:

- Kriegsverhütung und Friedenssicherung
- Hauptverantwortung der Konfliktparteien und „Do no harm“
- Primat der zivilen Krisenprävention
- Ziele und Interessen offen legen
- Militär nur als äußerstes Mittel
- Nie ohne UN-Mandat
- Immer multilateral
- Absolutes Primat der Politik
- Leistbarkeit und Verantwortbarkeit garantieren
- Parlamentsbeteiligung und Akzeptanz gewährleisten

Einstimmig hat im Übrigen ein grüner Bundesparteitag auch das Bekenntnis zum Prinzip der Schutzverantwortung beschlossen. Dieses besagt, dass im Zweifelsfall die Schutzverantwortung der Weltgemeinschaft für Menschen über der Souveränität einzelner Staaten

stehen muss. Dieser Beschluss unterstreicht natürlich auch die Tatsache, dass es viele Versuche des Missbrauchs der Schutzverantwortung durch Mächte geben kann und dass das Konzept der Schutzverantwortung noch nicht lückenlos ist. Aber das Prinzip wird im Kern unterstützt.

In der Frage der Unterstützung des Konzepts der Schutzverantwortung liegt der Kerndissens zwischen uns und der Linkspartei.

In dieser Frage liegt der Kerndissens zwischen uns und der Linkspartei. Der Nationalstaat und seine Souveränität haben für die Linkspartei eine Unantastbarkeit, die weder der Internationalität der gesellschaftlichen Linken noch der Friedensdividende internationaler Zusammenarbeit gerecht werden. Die EU-Reden einer Sahra Wagenknecht unterscheiden sich in Ton und in der Sache kaum von denen eines Horst Seehofers und zunehmend sogar weit rechts von ihm angesiedelten Gestalten. Die kategorische Ablehnung auch kleinster UN-Blauhelm-Missionen verkennt die Notwendigkeit der Stärkung der Vereinten Nationen. Kaum eine internationale Verpflichtung Deutschlands wird von der Linkspartei anerkannt. Der Schutz für afghanische Kinder vor Dschihadisten wird – so tatsächlich immer wieder in Reden im Plenum des Deutschen Bundestags geschehen – gegen das Rentenniveau älterer Menschen in Deutschland gestellt.

Die einzige Internationalität der Linkspartei betrifft die Nähe zu anderen linken Parteien. Gegen weltweite Parteienfamilien ist sicher nichts einzuwenden. Nur: Wenn man die reaktionäre Verschwörung zur Absetzung der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff zu Recht kritisiert, dann sollte man glaubwürdig bleiben und nicht aus Reflex die verheerende Politik Nicolás Maduros in Venezuela verteidigen. Wenn man Guantánamo kritisiert, dann sollte man die verheerende Beschneidung der politischen Rechte in Kuba nicht verteidigen.

Das linke Menschenrechtsauge der Linkspartei ist schlicht blind.

Zur Wahrheit des desaströsen Krieges in Libyen gehört, dass in den ersten 48 Stunden des Einsatzes mehrere Tausend Menschen in Bengasi gerettet wurden, deren Hinrichtung Muammar Gaddafi im Staatsfernsehen angekündigt hatte. Und wenn man zu Recht die Vertreibung der Sunniten im Nordirak durch die von Union und SPD mit Waffen versorgten

Peschmerga anprangert, dann sollte man die Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten durch PKK und YPG nicht verschweigen. Das linke Menschenrechtsauge der Linkspartei aber ist schlicht blind.

Die Linkspartei steht nun an einem Scheideweg. Will sie deutsche Außenpolitik wirklich verändern? Oder will sie rechthaberisch-schmollend in der Ecke stehen? Will sie, dass ab sofort weniger Kriege durch deutsche Rüstungsexporte angeheizt werden, oder will sie das erst nach dem erfolgreichen Ende der Revolution?

Ich habe meinen Marx auch gelesen. Wir Grüne aber wollen mit Politik konkrete Veränderungen erreichen. Wenn die Linkspartei das auch will, dann reichen wir Grüne ihr gern die Hand. Verweigert sie sich aber in einer Mischung aus Trotz und Peter-Pan-Syndrom trägt sie eine große Mitverantwortung an der Blockadesituation dieser Republik.

An dieser Stelle erschienen zuerst der Beitrag des außenpolitischen Sprechers <link rubriken aussen-und-sicherheitspolitik artikel deutschlands-neue-verantwortung-1712>Stefan Liebig (Die Linke) und danach der Beitrag des außenpolitischen Sprechers <link rubriken aussen-und-sicherheitspolitik artikel deutschland-als-reflektive-macht-1721>Niels Annen (SPD).



Omid Nouripour
Berlin

Omid Nouripour ist seit 2006 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er vertritt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als außenpolitischer Sprecher und ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Zuvor war er bereits von 2002 bis 2006 Bundesvorstandsmitglied der Grünen und bis 2009 Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft für Migration und Flüchtlinge.

13 LESERBRIEFE

Alexander M. schrieb am 08.12.2016

Das Problem mit Rot-Grün-Rot ist nicht nur in der Außenpolitik verortet, sondern der in vielen Politikfeldern fehlende Bezug zur Realität. Die rosa-rote Brille glückseliger Gutmenschen allein reicht nicht, um unser Land sicher durch unruhige Zeiten zu steuern. Statt einem außenpolitischem Wolkenkuckucksheim - wir retten mal kurz die Welt, in dem wir Fluchtursachen bekämpfen (Afghanistan) - sollte man sich wieder auf das Machbare beschränken. Die Linke scheint mir da noch rationaler als die Grünen.
Wer in der Innen- wie Außenpolitik unser aller Deutschland entgrenzt, den Nationalstaat demontiert und unser Land und unsere Zukunft zum Spielball werden lässt, weil wir weder die Kraft noch den Willen haben, unsere Gemeinschaft zu schützen, der bekommt jedenfalls meine Stimme nicht.

Marcus H. schrieb am 09.12.2016

Die sogenannte "Schutzverantwortung" ist eine

Selbstermächtigung für die eigene Kriegsführung in anderen Ländern. Die Geschichte zeigt, dass viele Konflikte von den Völkern selbst ausgefochten werden müssen, bis ihnen die kriegsfähigen jungen Männer ausgehen und keiner mehr einen Krieg führen will und kann. Gustav Heinemann am 1.7.1969: "Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr." F-J. Degenhardt "Marx und Engels haben sie gelesen sagen sie uns. Sagen sie, verstehen sie das denn?" Offensichtlich nicht.

Erik schrieb am 09.12.2016

Ob es wohl für Grüne auch zur Wahrheit des Krieges in Libyen gehört, dass Gaddafi vor allem deshalb stürzen musste, weil sich das Land unter ihm wohl aus der finanzpolitischen Abhängigkeit von seinen (Ex)Kolonialherren lösen wollte? In Fragen von Krieg und Frieden sind Grüne für mich völlig unglaubwürdig

geworden, seitdem sie noch jeder militärischen Intervention unter dem Mantel von Menschenrechten oder sonstigen "Werten" die Steigbügel halten. Die imperialen Motive hinter all den edlen Regime-Changes und "humanitären Interventionen" werden von den Grünen genau wie von der GroKo komplett ausgeblendet. Das disqualifiziert sie m. M., sich über den "antiquierten" Pazifismus einiger Linker lustig zu machen.

Harald Buchmann schrieb am 11.12.2016

Ich staune. Da wird das UNO Grundprinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Nationen ploetzlich als Extremposition dargestellt. Bisher sind nur die USA und ihre Schergen bereit, das Voelkerrecht in so einer Selbstermaechtigung zu brechen. In der Ukraine folgte Russland ein Stueck weit dem US Vorbild, als es ethische Russen gegen den Willen Kiews schuetzte. Wenn nun aber saudische Drohnen bei uns Deutsche ermordete, wegen Verdacht auf gewaltbereiten Antiislamismus, wuerden wir die Einmischung noch immer gutheissen? Imperialismus und Regime Change sind der Anfang allen Uebels in Zentralasien und Afrika.

Bleiben die Linken da nicht standhaft, dann bleibt nur noch die Wahl von Rechtsextremen als Alternative. Daher verzichte ich gerne auf R2G, bis Gruen zu Vernunft kommt.

Friedrich Grimm schrieb am 13.12.2016

Zu sehr hat sich diese grüne Partei, genau so wie der rechte Flügel der SPD in Richtung Neoliberalismus bewegt. Die dadurch entstandenen Abhängigkeiten machen es z.B. der SPD fast unmöglich, sich gegenüber ihrer Wählerschaft, ja dem gesamten Wahlvolk ehrlich zu machen. "Nie wieder Krieg"! Wie wird dieser mehr als berechtigte Ausspruch heute von Rot und Grün definiert?
Oder nehmen wir die Rentenpolitik: Wer oder was hindert die SPD daran, das zu reparieren was unter Rot/Grün mutwillig, zum alleinigen Nutzen der Versicherungswirtschaft zerstörte Rentensystem wieder herzustellen? Ein Blick nach Österreich könnte dabei nicht schaden.

Dr.-Ing. Carsten Liesenberg schrieb am 13.12.2016

Komisch, wer heute alles von der Linken redet! Wer die SED erlebt hat und heute die verfestigten lokalen und regionalen Milieus der Linken wahrnimmt, kann die Kontinuitäten kaum förmlich mit Händen greifen. Einige sympathische und intelligente Intellektuelle verändern diesen Eindruck unwesentlich.

---

manfred fischer schrieb am 13.12.2016

Warum nicht mal mit den LINKEN - doch im Vorfeld muss klar sein, was mit den LINKEN genau geht oder was auch nicht.
Die Lage ist in der BRD und in der EU zu ernst für Strategiespielchen gleich welcher Art.
Politik muss wieder Vertrauen schaffen und glaubwürdiger werden.
Derzeit ist eine große Distanz vorhanden zwischen MacherInnen und dem Volk

Manfred Fischer - Bürgermentor

Heinrich Triebstein schrieb am 13.12.2016

Wer Waffen hat, sieht überall Feinde, heißt es in einem

indischen Gedicht. Zwischen 1953 und 2014 haben die USA 41 regime changes unternommen. Ist die Welt heute sicherer? Bei unserem Klassiker Friedrich Schiller heißt es 1793 in einem Brief an den Herzog von Augustenburg: "Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll." Trump und Sanders hatten drei gemeinsame Themen: Arbeit, Banken, Krieg. Tötungsmittel durch Lebensmittel ersetzen. Schwerter zu Pflugscharen. Viele Leute auf die Straßen! Aber das böse Russland? Russisch Roulette: 6 Kammern 1 Patrone. Amerikanisch Roulette: 6 Kammern 5 Patronen. Freiheit von Angst und Mangel: echt amerikanische Werte. (FDR)

Robert Hagen schrieb am 13.12.2016

Bündnis 90 ade
Wenigstens eines sollte die grüne Partei tun, bevor sie postfaktisch erwischt wird: den Begriff "Bündnis 90" schleunigst aus ihrem Namen streichen!

Heiko Schlottke schrieb am 13.12.2016

So so, die Grünen haben auf Parteitagen beschlossen, es dürfe keinen Militäreinsatz ohne UN-Mandat geben. Die Botschaft höre ich wohl, der Krieg gegen Serbien geht aber von deutscher Seite auch nicht unwesentlich auf Betreiben der Grünen zurück, oder irre ich mich? Für das von Herrn Nouripour wärmstens befürwortete Eingreifen in Libyen hatte ebenfalls kein UN-Mandat. Die Einmischung diverser westlicher und arabischer Staaten in Syrien hatte auch kein UN-Mandat. Wie sieht es also aus mit den beschworenen Prinzipien? Sind ja offensichtlich sehr flexibel zu handhabe, und damit auch wenig glaubwürdig. Und angesichts solcher Erfahrungen bin ich auch sehr skeptisch bezüglich der so genannten Schutzverantwortung. Politische Opportunität und Machtverhältnisse werden m. E. stets den Ausschlag geben

Jochen schrieb am 14.12.2016

Ein solcher Text, genau zu diesem Zeitpunkt, voller Verdrehungen, Feindbilder (Sahra Wagenknecht) und nachweislich falscher Annahmen; nichts anderes als eine

Weißwaschung bisheriger grüner Korruptionsvorgänge - das nimmt mir jeden Mut, auf eine Veränderungsmöglichkeit vermittelst einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene zu glauben. Bei den Sündenfällen der Grünen - Kosovo, Libyen u.s.w. - handelte es sich gerade nicht um UNO-Blauhelm-Missionen.
Schade, ich begann mir gerade Hoffnungen zu machen.
Übrigens: Die Auflösung der Nato findet sich auch in SPD-Parteitagsbeschlüssen, das ist noch gar nicht so lange her.
Mit pazifistischem Gruß
Jochen

---

manfred fischer schrieb am 14.12.2016

Ich frage mich, wenn Rot+Rot + Grün die Regierung bilden würde , was verändert sich da wohl im Wesentlichen?
Ich glaube, im voraus wissen das diese Politikerinnen für sich selbst nicht einmal richtig.
Was für Parteien vor allem zählt, wie gewinnen wir weiter an Macht?
Ein intensiver Dialog mit den BürgerInnen steht erst

dann an, wenn Wahlen kurz zuvor vor der Tür stehen.

Die BürgerInnen haben diese Machart inzwischen erkannt und viele haben einfach keine Lust mehr auf diese politischen Spielereien.

Manfred Fischer

Joachim schrieb am 21.12.2016

Worauf basiert die Aussage:"Die kategorische Ablehnung auch kleinster UN-Blauhelm-Missionen verkennt die Notwendigkeit der Stärkung der Vereinten Nationen."? Heißt es doch vielmehr in Oskar Lafontaines gerade neu aufgelegtem Buch DIE WUT WÄCHST - POLITIK BRAUCHT PRINZIPIEN auf S. 83: "Wenn die UNO sich in der Vergangenheit auch öfter zum Instrument einzelner Staaten machen ließ, so gibt es dennoch keine Alternative zu ihr. ... Eine neue Satzung muss auch die Aufstellung einer eigenen UNO-Truppe vorsehen."

Und zum Lybien-Krieg muss ich korrigieren, dass der UNO-Sicherheitsrat nur den Schutz von Bengasi (!) beschloss, nicht aber den Sturz von Ghaddafi, weshalb bei

Syrien Russland und China ihr Veto einlegten und sich u.a. Südafrika enthielt statt dafür zu stimmen wie noch bei Lybien.
